

Der Niedriglohn ist oft weiblich

„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag.“ So lautete der von Clara Zetkin beantragte Beschluss der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz. Wohlgermerkt, das war vor mehr als 100 Jahren. Bereits seit 1911 wird am Frauentag gestreikt, gefeiert und er wird zum Anlass genommen, lautstark für die Rechte der Frauen einzutreten. Während in den ersten Jahren das Wahlrecht der Frauen das beherrschende Thema war, wurde er später zu einem Aktionstag gegen den Krieg, und in der Bundesrepublik begehrt die Frauen seit den 68er-Jahren vor allem gegen die patriarchalische Rollenverteilung auf. Die verschiedenen Themen, die jeweils am 8. März auf der Agenda des Frauentages standen, waren ein Ausdruck der vielfältigen Missstände, auf die die Frauenbewegung, oftmals mit Erfolg, hinwies.

Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern herrscht in der Bundesrepublik jedoch bis heute noch nicht. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich wie ungerecht Frauen noch immer behandelt werden. Im letzten Jahr machte die Bundesarbeitsministerin von der Leyen mit ihrer Forderung nach verbindlichen Frauenquoten in Aufsichtsräten auf sich aufmerksam. Nichts ist gegen eine solche Quote einzuwenden. Angesichts der gewaltigen Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern jedoch erscheint die Debatte um die Aufsichtsräte wie ein perfides Ablenkungsmanöver. Denn Frauen tragen nicht nur immer noch die Hauptlast der Pflege- und Sorgearbeit in den Fa-



Jutta Krellmann, Diether Dehm, Betriebsrätinnen der Schlecker-Drogeriekette und Herbert Behrens kamen in Celle zu einem Gespräch zusammen, um die Situation der Beschäftigten bei Schlecker zu erörtern. [mehr dazu auf Seite 10] Foto: Heinz G. von Wensiersky

milien. Gleichzeitig sind sie als Leiharbeiterinnen und überdurchschnittlich als Niedriglohnjobberinnen tätig. 61 Prozent der Billigjobs und zwei von drei Mini-Jobs werden von Frauen ausgeübt. Und das obwohl sie die Minderheit der Beschäftigten ausmachen. Je niedriger die Entlohnung, um so mehr Frauen sind betroffen. Dagegen engagiert sich „Ursula von der Leiharbeit“ herzlich wenig, im Gegenteil. Mit ihrer Politik vergrößert sie die Lohnspaltung zwischen den Geschlechtern weiter: Der Mindestlohn und die gesetzliche Zurückdrängung der Billigjobs lassen auf sich warten.

Der Frauentag am 8. März ist ein Tag, an dem wir zurückschauen, die Kämpfe von Zetkin und anderen für die Emanzipa-

tion ehren. Er ist aber vor allem ein Tag, an dem wir auch nach vorn schauen. Das Frauen immer noch 23 Prozent weniger Lohn für die gleiche Arbeit erhalten als Männer ist ein Skandal, den wir nicht hinnehmen werden. Der Bundesarbeitsministerin erteilen wir hier gern Nachhilfe. Die Forderung nach Entgeltgleichheit – also gleicher Lohn für Frauen und Männer bei der gleichen Tätigkeit – gehören hier ebenso ins Nachhilfeprogramm wie konkrete Schritte für die Umwandlung von Billigjobs in gute, gerecht entlohnte Arbeitsstellen. Der Kampf für Geschlechtergerechtigkeit geht weiter. Und wir werden ihn gewinnen.

Jutta Krellmann, MdB



Wir unterstützen den Aufruf des DGB – Siehe auch: <http://bit.ly/AnviZo>

Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt:

Internationaler Frauentag – 8. März

Seite 3 und 10: zur Überwachung der Linken durch den Verfassungsschutz
Seite 7: Klug gegen die Krise
Seite 9: Bürgerhaushalte

Seite 11: Griechenland und Syrien
Seite 14: Danke Sagen: Carlo Bleichert verabschiedet sich aus der Redaktion des Linken Forums

Editorial

Noch Zeit zum Kämpfen? Anlässe gibt es reichlich. In Niedersachsen und im Bund werden Mitglieder und Abgeordnete der LINKEN vom Verfassungsschutz bedroht und in ihrem Wirken behindert. Bedrohlich sind auch die Übergriffe von Rechtsextremisten. Doch Demokraten stellen sich den Angriffen entgegen. Und sie stehen anderen Bedrohten zur Seite. Aber das Leben ist nicht nur Kämpfen. Gefeierte wird auch. Der Internationale Frauentag wird im Landesverband eine herausragende Rolle spielen. Wir gratulieren allen Genossinnen!

Herbert Behrens



Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag 2012

Der Kreisverband Region Hannover lädt zu einem Frauen-World Cafe am 7.3.2012 ins Freizeithaus Ricklingen ein. Die Veranstaltung beginnt um 17:00 Uhr. Thema: „Wir wollen alles – und zwar sofort“.

DIE LINKE im Wendland macht am 8. März (Frauentag) eine Veranstaltung mit Giesela Brandes-Steggewentz und zeigt den Film „Zucker und Salz“.

„Gebt Raum den Frauen“ titelt die Veranstaltung von Lisa Oldenburg zum internationalen Frauentag am 11.3., von 11.00 bis 14.00, Ort: Stau Blau, Lesung mit unserer Lisa-Frau Dagmar Stuckmann, die aus ihrem gleichnamigen Buch liest, dazu Frühstück, Diskussion und Kultur (Susanne Schrenk und Ingrid Telle-Koch)

Mehr unter: lisa-frauen-oldenburg.de/

In den größeren Orten des Landkreises Northeim wird es durch den Kreisverband DIE LINKE.Northeim Rosenverteilaktionen zum Internationalen Frauentag am 8. März geben.

Auch in Holzminden ist für den 8. März das Verteilen von Brot und Rosen geplant.

Nanni Rietz-Heering

Wie geht es weiter mit 4 in 1 nach dem Erfurter Parteitag?

Es bleibt dabei: DIE LINKE braucht die Vier-in-einem-Perspektive!

Die Vier-in-einem-Perspektive ist im Erfurter Programm aufgenommen und auch nicht. Aufgenommen ist die Erkenntnis, dass Erwerbsarbeit nur ein Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit ist; dass die Perspektive eines guten Lebens für alle mit der Zeit verbunden ist, die uns neben der Erwerbsarbeit für die Tätigkeiten der Fürsorge für uns und andere, für unsere eigene kulturelle Entwicklung und für politisches Engagement zur Verfügung steht; dass die Produktivkraftentwicklung eine solche Zeitverfügung für alle längst ermöglicht. Die Verkürzung von Erwerbsarbeitszeit steht als zentrale Forderung im Programm.

Die 4 in 1-Perspektive ist im Programm nicht aufgenommen als radikales Projekt einer LINKEN, die nicht nur die Banken verstaatlichen, die Reichen zur Kasse bitten und „die allmähliche Verbesserung

der persönlichen Lage“ (Harald Werner) der meisten anstrebt (das will auch die linke Sozialdemokratie, die uns die Unterscheidung von ihr längst schwer macht), sondern einer LINKEN, die auf den Bruch der gesamten kapitalistischen Lebens- und Produktionsweise setzt und LINKER Politik einen Gesellschaftsentwurf als Orientierung gibt, in dem die nach kapitalistischer Logik funktionierende Lohnarbeit nicht abgeschafft, aber dem Maß der dafür aufzuwendenden Zeit angepasst ist, das dem Produktivitätsfortschritt entspricht, Raum für gesellschaftliche Praxis lässt, in dem nicht mehr der Profit sondern das Menschsein das Sagen hat.

Das Erfurter Programm setzt auf Erwerbsarbeit als Priorität der Kämpfe um Gesellschaftsveränderung. Das ist eine der Stellen, an denen es gilt, unser Programm weiter zu diskutieren: Wie wollen wir antikapitalistische Perspektiven als Markenzeichen der LINKEN deutlich ma-

chen, wenn wir unseren Standort nicht wechseln, aus der Anordnung der kapitalistischen Profitlogik heraustreten und auf das Ganze der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse schauen, die – so steht es im Programm – auch Geschlechterverhältnisse sind?

In Niedersachsen haben wir 4in1 sehr schnell in unseren programmatischen Wortbeitrag aufgenommen, aber wir haben die Debatte darüber nicht breit geführt. Wir sollten den beginnenden Landtagswahlkampf nutzen dies nachzuholen. Ich bin überzeugt, dass es sich lohnt auch im Hinblick auf die sich mehrende Frage – z.B. von Detlef Hensche: „Wo liegt das spezifisch linke Projekt einer Alternative zur real existierenden Misere?“ 4in1 hat radikalere Antworten als Hensche, auf jeden Fall gibt es Ansätze zu produktivem, lustvollem Streit.

Jutta Meyer-Siebert, KV Hannover

Clara-Zetkin-Preis 2012

DIE LINKE lobt anlässlich des Frauentages 2012 zum zweiten Mal einen Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden.



Clara-Zetkin-Denkmal in Leipzig.

Foto: Gernot Borriss

Dieser Preis ist nach Clara Zetkin benannt. Als Mitbegründerin der proletarischen Frauenbewegung initiierte sie auf

der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen zusammen mit Käthe Duncker die Einführung eines internationalen Frauentages.

Im Sinne Clara Zetkins würdigt DIE LINKE mit dem nach ihr benannten Preis auch 2012 ein Projekt, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebensweg ein Vorbild, eine Anregung geworden ist.

Mit dem Preis wird ein aktuelles Projekt oder eine Initiative einer Frau ausgezeichnet.

Am 10. März 2012 findet eine Festveranstaltung statt. Dazu werden neben inte-

Schwerpunkt

ressierten Frauen aus der Partei auch Bewerberinnen um den Frauenpreis eingeladen.

Das Programm: 17.30 Uhr: Das Entree ist eine musikalische lockere Begleitung und Begrüßungssekt. 18 bis 19 Uhr: Preisverleihung (Rahmenprogramm mit Künstlerinnen), Rede der Vorsitzenden Gesine Löttsch.

„In der Theorie sind die Genossinnen schon gleichberechtigt, in der Praxis aber hängt der Philisterzopf den männlichen Genossen noch ebenso im Nacken wie dem ersten besten Spießbürger.“

(Clara Zetkin)

LINKE, SPD, Grüne fordern Stopp der Überwachung

DIE LINKE im Landtag, SPD und Grüne haben einen gemeinsamen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem sie die sofortige Einstellung der Überwachung der Partei DIE LINKE durch den niedersächsischen Verfassungsschutz fordern.

Die drei Fraktionen haben sich auf dieses gemeinsame Vorgehen geeinigt, nachdem kürzlich bekannt wurde, dass der Verfassungsschutz acht der zehn Landtagsabgeordneten der Linken beobachtet und dabei auch nachrichtendienstliche Mittel einsetzt. Die Beobachtung der Partei DIE LINKE in Niedersachsen sei ein unverhältnismäßiger Eingriff in die freie Betätigung der Partei und behindere ihre Chancengleichheit, heißt es in dem Antrag.

Eine besondere Zuspitzung sei die Beobachtung von Linke-Abgeordneten mit nachrichtendienstlichen Methoden. „Damit werden sie in der freien Ausübung ihres Mandats behindert, die ein besonders schützenswertes Gut unserer Demokratie ist“, sagte Hans-Henning Adler, Fraktionsvorsitzender.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Parlaments und damit der Abgeordneten gehöre die Kontrolle der Arbeit der Regierung. „Maßnahmen der Regierung, die die Ausübung dieser Aufgabe beschränken oder einschränken, sind nur aus außergewöhnlichen Gründen gerechtfertigt, die es im Fall der Partei DIE LINKE nicht gibt“, betonte Adler.

Verfassungsschutz auflösen

Gregor Gysi: „Das ist ein Pfeifenverein sondergleichen!“



„Die Überwachung ist eine Unverschämtheit“, kommentiert Gregor Gysi die Bespitzelung der LINKEN.

Foto: Pino Maede/pixelio.de

Der Verfassungsschutz handelt mal mit, mal ohne Wissen der obersten Dienstherren. Im Falle der Beobachtung von Bundestagsabgeordneten auf jeden Fall mit dem Wissen von Innenminister Friedrich (CSU). Der achtet entschieden darauf, DIE LINKE außerhalb der Verfassung zu drängen.

Gregor Gysi kommentierte das so: „Der politisch Verantwortliche für die Geheimdienste in diesem Land folgt einem kruden undemokratischen Politik- und Verfassungsverständnis, das den Bismarckschen Sozialistengesetzen sehr nahe und den demokratischem und sozialen Rechtsstaat sehr fern steht.“

Mit einer scharfen Kritik an der Bespitzelung der Abgeordneten der Linksfraktion im Bundestag wandte sich Gysi an den Bundestagspräsidenten. In seinem Brief schreibt er unter anderem:

„Der Bundestag insgesamt wird durch diese Vorgehensweise missachtet und in seinen Rechten verletzt. Der Bundestag hat unter anderem die Funktion, die Tätig-

keit der Geheimdienste in Deutschland zu kontrollieren. Die Tatsache, dass ein Geheimdienst diese Funktion umdreht und meint, selbst Abgeordnete überwachen zu dürfen, ist nicht hinnehmbar. Es gibt im Gesetz auch keine spezielle Ausnahmeregelung, in welchen gravierenden seltenen Fällen, unter welchen Bedingungen und nach wessen Zustimmung ausnahmsweise die Beobachtung einer Abgeordneten oder eines Abgeordneten zulässig sein könnte. Die demokratisch gewählten höchsten Volksvertreterinnen und Volksvertreter so zu behandeln wie es der Inlandsgeheimdienst praktiziert, darf nicht länger hingenommen werden.

Hinzu kommt noch ein weiterer Umstand. Mit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages wurden die Abgeordnete Petra Pau zur Vizepräsidentin und der Abgeordnete Steffen Bockhahn zum Mitglied des geheimen Kontrollausschusses des Haushaltsausschusses gewählt. Es ist deshalb auch eine Brüskierung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, wenn unabhängig davon diese Abgeordneten vom Inlandsgeheimdienst überwacht werden. Besonders bemerkenswert ist der Umstand, dass der Abgeordnete Steffen Bockhahn im Kontrollausschuss die Tätigkeit der Geheimdienste kontrollieren soll, wobei sich einer dieser Geheimdienste das Recht nimmt – quasi in Revanche – den Abgeordneten Steffen Bockhahn zu überwachen.“

Herbert Behrens

„Mitarbeiter“ am Landtagswahlprogramm gesucht

Pfingstcamp: Rysumer Nacken erhalten

Außerhalb von Emden ist der „Rysumer Nacken“ nur wenigen vertraut. In Emden aber ist das ein bekanntes Naherholungsgebiet. Durch Gebietstausch zwischen Niedersachsen und dem Bund droht dieses Gebiet nun in Industriegebiet verwandelt zu werden. Ein dort ansässiger beliebter Campingsplatz soll verschwinden. Im Landtag hat unsere Fraktion als einzige dem Gebietstausch, der das erst ermöglicht, nicht zugestimmt.

Um den Widerstand vor Ort zu unterstützen und uns allen etwas Gutes zu tun, organisiert unser Regionalbüro Küste auf dem Campingplatz Rysumer Nacken ein Pfingstcamp. Anreisetag soll Samstag, 26. Mai sein, Abreisetag ist Montag, der 28. Mai. Am Samstag abend wird es eine Diskussionsrunde zu „Linker Politik in Stadt, Land und Bund“ geben und sonntags nach dem Ausschlafen einen gemeinsamen Spaziergang (wahrscheinlich geführt von der örtlichen Initiative) über den Rysumer Nacken. Abends gibt es Kultur satt.

Für Ideen, Voranmeldungen und Anregungen Eurerseits steht Euch Heiko Moll unter der Emailadresse moll@manfredsohn.de zur Verfügung. Vielleicht passt das in Eure Planungen und Ihr wollt Euch an der Gestaltung dieses Camps beteiligen. Es bietet auf jeden Fall die Chance für ein schönes Pfingstfest direkt an der Küste.

bs

Am 21. Januar, ziemlich genau ein Jahr vor den Landtagswahlen am 20. Januar 2013, haben wir einen unüberhörbaren Startschuss zu unserem Landtagswahlkampf gegeben: Über 160 Linke mit und ohne unser Parteibuch haben sich im Freizeitheim Ricklingen in Hannover getroffen, um über unsere programmatischen Forderungen für die Landtagswahlen zu beraten. Fast alle Eingangsreferate der Konferenz sind von Menschen gehalten worden, die uns nahestehen, ohne bei uns Mitglied zu sein: GewerkschafterInnen, Aktive aus Wohlfahrtsverbänden, demokratischen, sozialen und ökologischen Initiativen. Aufbauend auf diesem gelungenen kollektiven Ratschlag hat der Landesvorstand nun eine erste Skizze für ein Landtagswahlprogramm erarbeitet. Das Wort „Skizze“ ist wichtig. Das ist mit Sicherheit noch nicht das Programm, das wir am Schluss verabschieden. Aber es bietet die Grundlage für die konstruktive Kritik, die wir nun gemeinsam brauchen. Wir wollen uns, euch und vor allem unseren vielen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften und anderen außerparlamentarischen Bewegungen Zeit und Gelegenheit geben, diese Skizze anzureichern und zu verändern. Wir haben die große Bitte an euch: Organisiert nun in den Kreisen Mitgliederversammlungen sowie große und kleine Gesprächsrunden, um über dieses Programm zu sprechen. Bezieht

die örtlichen Gewerkschaften und Initiativen ein. Bitte schickt an die Landesgeschäftsstelle eure Änderungshinweise. Dafür haben wir auch die Mailadresse SkizzeLWP@dielinke-nds.de eingerichtet. Das können konkrete Änderungsvorschläge, es können aber auch Anregungen allgemeiner Art zur Struktur, zu fehlenden oder unterbewerteten Teilen sein. Aufgrund dieser Rückmeldungen der kommenden fünf Wochen wird der Landesvorstand auf seiner Sitzung am 24. März den „Entwurf für ein Landtagswahlprogramm“ verabschieden. Anregungen, die danach in der Geschäftsstelle eintreffen, fließen ebenfalls ein, weil der Landesvorstand erst am 26. Mai aus den Ergebnissen all dieser Diskussionen einen „Antrag für ein Landtagswahlprogramm“ für unseren Landesparteitag am 29./30. Juni und 1. Juli verabschiedet. So nutzen wir die vor uns liegenden Wochen, um unsere Forderungen intensiv gemeinsam mit unseren vielen PartnerInnen – die alle potentielle Wählerinnen und Wähler sind – zu entwickeln. Die Qualität unseres Programms und die frühzeitige Einbeziehung aller linken Kräfte für den Wiedereinzug in den Landtag hängt jetzt entscheidend von der Kraft vor Ort ab, mit der wir eine möglichst breite Diskussion um die „Skizze“ organisieren. Haut rein!

Giesela Brandes-Steggewentz
und Manfred Sohn

Traditionelle Ostermärsche auch in diesem Jahr



Das Foto wurde während des Ostermarsches 2011 in Oldenburg erstellt.

Wie schon in den vergangenen Jahren finden auch in diesem Jahr landesweit wieder viele Ostermärsche unter Beteiligung der LINKEN statt. Aus den Kreisverbänden Oldenburg, Gifhorn und Wittmund liegen der Redaktion bereits entsprechende Informationen vor. Genossen aus der näheren Umgebung von Hamburg können sich unter der Emailadresse HamburgerForum@hamburg.de auch zur Teilnahme am dortigen Ostermarsch anmelden. Da der Platz hier nicht ausreicht, um alle Ostermärsche aufzulisten und die Aufrufe abzdrukken, empfehlen wir Euch, im Internet nachzuschauen, ob auch in Eurer näheren Umgebung etwas geplant ist.

bs

Landesausschuss-Sitzung mit vollem Programm

Aus dem Landesverband

Die Landesausschuss-Mitglieder hatten in der Sitzung am 11. Februar unter anderem über den Etat für die Landesarbeitsgemeinschaften, den Haushalt und die Anzahl der Delegierten für die nächste LandesvertreterInnenversammlung zu entscheiden. Marianne König und Viktoria Kretchmer informierten über den politischen Sachstand der Landesarbeitsgemeinschaften. Angestrebt ist eine Vernetzung mit dem kommunalen MandatsträgerInnen und der Landtagsfraktion. Die Öffentlichkeitsarbeit soll durch Herausgabe eines gemeinsamen Flyers und Präsentation auf der Homepage des Landesverbandes gestärkt werden. Die satzungsändernden Anträge hinsichtlich der Entsendung von Delegierten aus den LAG'en wurden zur Bearbeitung beim nächsten Landesparteitag vom 29.06. bis 01.07. verwiesen. Der Vorschlag, Reisekosten zu den Treffen der LAG'en auf die Kosten für die Nutzung eines Niedersachsentickets zuzüglich der Anfahrtskosten zum Bahnhof zu begrenzen, fand die Zustimmung der Delegierten. Der vom Landesschatzmeister Dirk Metzner vorgelegte Haus-

haltsentwurf wurde ausführlich diskutiert. In der Diskussion nahmen neben den Kriterien über die Finanzierung der Büros in Niedersachsen auch die Kosten für das Personal des Landesbüros einen breiten Raum ein. Im Rahmen der Haushaltsdiskussionen erläuterte Marianne König auch den Antrag zur Vergabe der Mittel für die LAG'en. Es wurde beschlossen, den Etat für die LAG'en zu erhöhen und dabei besonders öffentliche Veranstaltungen finanziell zu fördern. Nach einer ausführlichen Diskussion haben die Anwesenden mit großer Mehrheit den Haushalt mit einigen Änderungen beschlossen. Dabei wurden 3000 Euro aus den Zuweisungen durch den Landesausschuss für die Landesarbeitsgemeinschaften reserviert. Außerdem wurde der Landesvorstand damit beauftragt, in der nächsten Landesausschuss-Sitzung ein Bürokonzept mit Personalplanung für das Landesbüro vorzustellen.

Die Entscheidung über den vorgelegten Haushaltsplan zum Landtagswahlkampf wurde vertagt, weil es hier noch Klärungsbedarf gibt.

Dem Antrag des Landesvorstandes über die Anzahl der Delegierten für die LandesvertreterInnenversammlung (insgesamt 196) und den Verteilschlüssel stimmten die Anwesenden ebenso zu wie dem Antrag des geschäftsführenden Landesvorstandes, den 3. Landesparteitag für den 9./10. Februar 2013 einzuberufen und zu diesem Termin auch die Neuwahlen des Landesvorstandes durchzuführen. In der aktuellen Stunde referierten Dieter Dehm, MdB und europapolitischer Sprecher der Fraktion und Mitglied des Ausschuss für die Angelegenheiten der EU, und Sabine Lösing, MdEP, zum Thema Lehren aus der Euro-Krise. In der dann verabschiedeten Resolution bekräftigt die LINKE ihre Forderungen „Für ein solidarisches Miteinander und eine starke LINKE und „Profiteure zur Kasse“.

Der anschließende Bericht aus dem Bundesausschuss war geprägt von den Plänen des Parteivorstandes, bundesweit ein MitgliederMagazin herausgeben zu wollen und den geplanten Zielvereinbarungen mit den Landesverbänden zur Neumitgliedergewinnung. bs

Aus aktuellem Anlass

Zur Nominierung des Bundespräsidenten-Kandidaten Joachim Gauck, erklärt der Europapolitische und Mittelstandspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Landesgruppenchef der Niedersächsischen LINKEN-Abgeordneten im Bundestag, Dr. Diether Dehm:

„Von Wulff zu Gauck – vom Schnäppchen- zum Menschenjäger“

Wer „der Wirtschaft Freiheit nehmen will“, ist für Gauck „geschichtsvergessen“. Stadtviertel sieht er mit all zu vielen Zuwanderern und „all zu wenigen Altdeutschen“.

Wie billig waren dagegen die teuren Freunde Christian Wulffs: Den SPD-Neorassisten Sarrazin bewundert Gauck als „mutig“! Und so wurde er von BILD gefeiert und erwartungsgemäß von den Hartz-IV-Parteiführern durchgenickt.

Und kaum einer hat, wie Gauck, die Jagd auf Andersdenkende so professionell zum Geschäftsmodell gebaut.

Den neuen Herren & Treuhänderinnen nach der Wende hatte sich der Pfarrer empfohlen mit Hasspredigten wie „Als damals Sechzehnjähriger hätte ich am liebsten eine Waffe in die Hand genommen, wäre nach Budapest gefahren, um dort gegen die russischen Verbrecher zu

kämpfen.“ (Joachim Gauck, Die Stasi-Akten, S. 44) Deutsche Bank-Retter, Irankriegs-Presse und SPD-Führung – über Gauck wächst zusammen, was zusammengehört. „Die Würde des Menschen“ wird unter diesem Haufen noch unertastbarer.



Foto vom Mai 2011, entstanden bei einer Anhörung zum Thema „KMU“ [Rettungsschirm für kleinst und mittlere Unternehmen] © linksfraktion.de

Linksfraktion will Betroffene von Berufsverboten rehabilitieren



DIE LINKE im Landtag erinnert mit einem Antrag an den vor 40 Jahren beschlossenen sogenannten Radikalenerlass. Damit soll das öffentliche Ansehen der seinerzeit von Berufsverboten Betroffenen wie-

der hergestellt werden. Mit dem damals von der Ministerpräsidentenkonferenz unter Vorsitz des Bundeskanzlers Willy Brandt verabschiedeten Erlass sollten angebliche Verfassungsfeinde aus dem Staatsdienst ferngehalten und entlassen werden. Das bedeutete ein Berufsverbot für Tausende, unter ihnen LehrerInnen, LokführerInnen, SozialarbeiterInnen und JuristInnen. Formell richtete sich der Erlass gegen Links- und Rechtsextremisten, in der Praxis traf es aber vor allem Linke: Mitglieder kommunistischer, sozialistischer und anderer linker Gruppen bis hin zu Friedensinitiativen. Den Betroffenen wurde fast ausnahmslos legales politisches Handeln wie die Kandidatur bei Wahlen, die Teilnahme an Demonstrationen oder das Mitunterzeichnen politischer Erklärungen vorgeworfen.

„Das war eines der dunkelsten Kapitel bundesdeutscher Nachkriegsgeschichte“, betont LINKEN-Fraktionsvorsitzender

Hans-Henning Adler, der selbst von einem Berufsverbot als Notar betroffen war und als Anwalt andere Betroffene vor Gericht vertrat. „Es wird höchste Zeit, dass dieses Kapitel kritisch aufgearbeitet wird, um daraus die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen“, fordert Adler. Die Landesregierung solle deshalb landesweit Veranstaltungen zur Freiheit im Beruf, im Internet und zur Freiheit vor Bespitzelung organisieren. Im Landtag solle es eine zentrale Diskussionsveranstaltung zur Bedrohung der Freiheit in den Jahren seit 1972 und zu den Lehren für heute geben. Schulen und Hochschulen werden gebeten, den Jahrestag der Berufsverbote zu thematisieren und aktuelle Bezüge herzustellen. Dazu gehören etwa die Versuche, das Internet zu überwachen und die Rolle des Verfassungsschutzes. Ziel ist es, politisch motivierte Bespitzelung und Verdächtigung für immer zu ächten.

Innenausschuss des Landtages reist auf Vorschlag der Linksfraktion in das Kosovo



DIE LINKE im Landtag begrüßt, dass der Innenausschuss des Landtags einstimmig einer Initiative der Fraktion gefolgt ist und eine Delegation in das Kosovo entsenden wird, die sich über die Lebensbedingungen der dorthin abgeschobenen Flüchtlingen informieren soll. Pia Zimmermann, die innenpolitische Sprecherin der Frakti-

on, warnte zugleich, die Ausschussfahrt dürfe keine Postkartenreise werden. „Wir wollen nicht die schönen Seiten von Städten wie Pristina sehen, sondern ich erwarte, dass sich die Delegation ein Bild über die Lage der Roma-Familien macht, die vom Land Niedersachsen in den vergangenen Monaten abgeschoben wurden. Wir sind als Abgeordnete gefordert, uns mit den Folgen dieser Abschiebepolitik auseinanderzusetzen“, sagte Zimmermann.

Bislang habe man immer nur aus zweiter Hand Informationen über die Situation der Roma und anderer Minderheiten im Kosovo erhalten. Deshalb müsse das Besuchsprogramm Flüchtlingsunterkünfte in verschiedenen Orten beinhalten, unter anderem in Plementina und Gjakova. „Die Reise muss so gestaltet werden, dass sie nicht zu einer Alibiveranstaltung verkommt“, betont Zimmermann. „Bisher erfährt der Ausschuss immer nur aus zweiter Hand vom Innenministerium, was die Abgeschobenen dort erwartet, und wie es ihnen ergeht. Das reicht nicht – wir müs-

sen uns vor Ort überzeugen, welche Chancen die Betroffenen dort haben. Alles andere ist unverantwortlich, denn schließlich sind Politiker auch verantwortlich für die Folgen ihrer Entscheidungen. Dazu gehört, dass sie sich über die Auswirkungen ihrer Politik informieren.“

Für ein demokratisches
Internet ohne Zensur!

DIE LINKE.
Fraktion
im Niedersächsischen Landtag

Aktuelle Broschüren und Informativmaterial der Linksfraktion unter:
<http://bit.ly/wXkjHf>

Viele Krankenhaus-Standorte in Südniedersachsen gefährdet

Aus den Kreisverbänden

Der gesundheitspolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag, Patrick Humke, hat die Kritik des Landesrechnungshofes zurückgewiesen, dass es zu viele kleine Kliniken gebe. Denn mit knapp 53 Betten pro 10 000 Einwohner ist Niedersachsen bereits heute bundesweites Schlusslicht.

Neben der unzureichenden Finanzierung durch das Land ist die Privatisierung von Krankenhäusern das Kernproblem. So hat beispielsweise das Charlotten-Hospital in Stadtoldendorf auf hohem Niveau gearbeitet, bis es privatisiert und an die Gesellschaft für Hospital Management mbH verkauft wurde. Nachdem die Gesellschaft die Gehälter nicht mehr gezahlt hat, und die Zukunft der Klinik lange ungewiss gewesen war, hatten wichtige Fachkräfte die Klinik verlassen.

Inzwischen hat die Servicegesellschaft der Arbeiterwohlfahrt Gesundheitsdienste (AWO-GSD) das Haus übernommen, die Gehälter und die Arbeitsplätze scheinen vorerst gesichert. Auch in Hannoversch-Münden trat die AWO-GSD als Retter auf und legte ein Konzept der Fusion mit dem



Patrick Humke besuchte anlässlich seiner letzten Fraktion-vor-Ort-Tour auch das Krankenhaus in Stadtoldendorf und sprach mit einem Betriebsratsmitglied

dortigen zweiten Krankenhaus vor. Bis 2014 sollen die Arbeitsplätze gesichert sein, und dann?

Patrick Humke beschäftigt sich in Südniedersachsen weiterhin mit ganz ähnlichen strukturellen Problemen in Häusern

in Uslar und Northeim. Die Behauptung, kleine Krankenhäuser könnten qualitativ nicht mithalten, hält er für falsch: „Die tatsächlichen Probleme der Krankenhäuser werden von der Politik der Landes- und Bundesregierung verursacht.“

Klug gegen die Krise

Kreisverband Hannover führt Bildungsreihe durch

Hauptthema bei der Gegenwehr gegen die Krise, gegen die Abwälzung der Lasten auf die „Kleinen Leute“, ist das Gefühl der Unabwendbarkeit, der fehlenden Alternativen. Dagegen helfen nur Kenntnisse. Das Wissen, wie man uns für dumm ver-

kauft. Schuldenabbau durch soziale Einschnitte – wie soll das gehen? Was nötig wäre, ist eine Verbesserung der Einnahmen durch höhere Steuern für die Reichen. Unsere Schuldenbremse ist die Reichensteuer!

Um solche Kenntnisse zu verbreiten, hat der Kreisverband Hannover mit einer Bildungsreihe reagiert. Natürlich war die Veranstaltung mit Sarah Wagenknecht ein Highlight, aber auch ein einfacher, sachkundiger Genosse fand ein Publikum von 40 Interessierten.

Also: seid mutig, versucht es auch in den kleinen Kreisverbänden. Die hannoverschen Genossen stehen zur Unterstützung gerne zur Verfügung. Wir würden uns sehr freuen, GenossInnen aus der Nähe bei unseren noch stattfindenden Terminen begrüßen zu können.

Das Programm findet ihr unter www.dielinke-hannover.de

Agnes Hasenjäger

Gelungener Neujahrsempfang

Mit einem Neujahrsempfang am 6. Januar 2012 hat DIE LINKE.Kreisverband Aurich das Jahr begonnen. An der gut besuchten Veranstaltung nahm auch die Bundestagsabgeordnete und energiepolitische Sprecherin der LINKSfraktion im Bundestag, Dorothee Menzner, und der Landesvorsitzende der LINKEN.Niedersachsen, MdL Dr. Manfred Sohn, teil. In ihren Ansprachen gingen beide auf aktuelle politische Themen ein. Die Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete Blanka Seelgen begrüßte die zahlreichen Vertreter verschiedener Organisationen und erklärte ausdrücklich die Bereitschaft der Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Gruppen. Im Rahmen der Veranstaltung wurden auch je 500,00 Euro an den Tierschutzverein Aurich e.V. und den Infoladen Daneben überreicht.

bs



Werdet Mitglied im Linken Kommunalpolitischen Forum!

Das LINKE KOMMUNALPOLITISCHE FORUM NIEDERSACHSEN e.V. (LKFN) wurde im Juni 2008 als LINKEN-nahe Bildungsvereinigung für kommunalpolitisch Interessierte in Niedersachsen gegründet. „Der Verein unterstützt politische Initiativen in den Kreisen, Städten und (Samt-) Gemeinden Niedersachsens, die sich gegen Sozial- und Arbeitsplatzabbau, Privatisierungen, Rassismus, Neofaschismus, die Militarisierung der Gesellschaft und die Zerstörung der natürlichen Grundlagen zur Wehr setzen. Deswegen setzt sich der Verein für eine Verbesserung der demokratischen und aktiven Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner an den örtlichen Entscheidungsfindungsprozessen ein.“ (aus der Satzung des LKFN).

Der für die Jahre 2010 bis 2012 gewählte Vereinsvorstand besteht aus Marianne König, MdL, Osnabrück, Felicitas Weck, Hannover, Dr. Michael Braedt, Hannover und Dr. Eckhardt Fascher, Göttingen.

Das LKFN hat in fünf Seminaren „Crashkurs Kommune“ in Göttingen, Goslar, Hannover, Nordenham und Osnabrück die neu gewählten KommunalpolitikerInnen für ihre Gremienarbeit fit ge-

macht; über 60% der neugewählten Linken Kommunalen aus Niedersachsen sowie einige Unabhängige und Piraten haben diese Crashkurse besucht. Für die anstehenden Beratungen zu den kommunalen Haushalten 2012 fanden zudem drei Haushaltsseminare mit den Schwerpunkten Doppik und linke Schwerpunktsetzung in Göttingen, Uelzen und Oldenburg

statt, die mit etwa 50 TeilnehmerInnen ebenfalls sehr gut angenommen wurden. Ergänzend gab es Einzelseminare zu kommunalen Fachthemen wie z.B. der kommunalen Wertstofftonne. Ein Großteil der Veranstaltungen erfolgte in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg Stiftung aus Niedersachsen.

Michael Braedt



Beim Seminar zum Thema Einführung in linke Haushaltspolitik in Göttingen.

Von links nach rechts: Johann Haller, Stadtrat Bockenem, Eckhard Fascher, Kreistag Göttingen, Klaus Schomberg, Stadtrat Uslar; Dietmar Reitemeyer, Fraktionsmitarbeiter Stadtrat Göttingen; Stephan Krull, Vorsitzender Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen; Ulrich Maschke, Samtgemeinderat Dransfeld; Andreas Gemmecke, Kreistag Göttingen; Heidi Sommer (Referentin zum Thema Doppik), Regionsverwaltung Hannover; Helga Rohmer, Ortsrat Neustadt/Heese in Celle; Andreas Böhme, Kreistag Northeim Foto: Ralf Jürgens

Straßenbenennung nach jüdischer Widerstandskämpferin Ruth de Jonge

Oldenburg. Die letzten Wochen waren geprägt von der Vorbereitung unseres Alternativ-Haushalts. Daneben habe ich unseren Antrag aus dem Jahre 2009 zur Umbenennung der Hedwig-Heyl-Straße in Oldenburg erneuert. Aufgrund ihrer rassistischen Ideologie ist sie als Namensträgerin einer Straße in Oldenburg nicht tragbar. Die Gruppe Linke/Piraten Oldenburg schlägt stattdessen die jüdische Widerstandskämpferin Ruth de Jonge als neue

würdige Namensgeberin vor. Ruth de Jonge hat mit ihrer Familie Mitte der 1930er Jahre in Oldenburg gelebt und musste nach dem sog. Judengang – nach dem ihr Vater nach Sachsenhausen verschleppt wurde – mit ihrer Familie in den Untergrund gehen. Sie war an verschiedenen antifaschistischen Aktionen beteiligt. Unter anderem half sie als Kindermädchen bei der Rettung jüdischer Kinder.

Unser Namensänderungsantrag hat dazu geführt, dass die Verwaltung ein wissenschaftliches Gutachten über die gesamte Namensgebung der Straßen in Oldenburg in Auftrag geben will. Dies ist ein wichtiger Schritt für Oldenburg und entspricht unseren Anträgen und Anregungen unserer Ratsarbeit.

Christine Arndt
Vorsitzende der Ratsfraktion
DIE LINKE.Oldenburg

Keine Regionsbildung gegen den Bürgerwillen

Kreis Göttingen. Die von SPD und Grünen geforderte schnelle Regionsbildung lehnt DIE LINKE. entschieden ab. Fraktionsvorsitzender der LINKSFRAKTION im Kreistag Dr. Eckhard Fascher: „Ein solcher Großkreis wäre ein bürgerfernes künstliches Konstrukt, das keines der strukturellen Probleme der bisherigen drei Land-

kreise lösen würde. Land und Bund müssen endlich ihrer Verantwortung gerecht werden, den Landkreisen, Städten und Gemeinden ein höheren Anteil aus dem Steueraufkommen zukommen zu lassen. Die geplante Region ist zu groß, um für die Bürger und Kommunalpolitiker noch überschaubar zu sein, Verwaltungshan-

deln ist so immer weniger kontrollierbar. Bei einer solchen grundlegenden Entscheidung müssen die Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort haben.“ DIE LINKE. begrüßt in diesem Zusammenhang die Initiative des Bürgerforums für einen Bürgerentscheid zum Thema große Kreisfusion.

www.die-linke-goettingen.de/kreistag

Bürgerhaushalte: Zukunftsdiiktat entgegenwirken

Viele niedersächsische Kommunen sind in schwere Finanznöte geraten. Grund ist vor allem eine strukturelle Unterfinanzierung, was durch den Zuwachs an Kassenkrediten auf über 6 Mrd. Euro belegt wird.

Verschiedene Kommunen versuchen, dieser Verschuldungsfalle durch Zukunftsprogramme von Land Niedersachsen und Kommunalen Spitzenverbänden zu entkommen. Aber: Das Land macht bei einer Entschuldungshilfe sehr starke Sparauflagen. Die u.a. besagen, dass die Kommunen ihre Ausgaben für freiwillige Leistungen drastisch einschränken müssen. Dieser Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung darf nicht hingenommen werden! Unsere Abgeordneten lehnen, wie im Stadtrat Göttingen, strikt einen kommunalen Kaputtsparkurs ab, allerdings stehen sie meist allein auf weiter

Flur, da ganz große Koalitionen nahezu jedes Spardiktat des Innenministeriums erfüllen, um die Entschuldungshilfe zu bekommen. Eine qualifizierte Bürgerbeteiligung im Rahmen von Bürgerhaushalten findet in den von Zukunftsverträgen betroffenen Kommunen nicht statt. Drei Monate vor dem geplanten Abnicken des Sparhaushaltes im Stadtrat im März 2012 wollte der Hildesheimer Oberbürgermeister plötzlich einen Bürgerhaushalt 2012 im Schnellstdurchgang veranstalten. Das lehnten die Teilnehmer einer Bürgerversammlung ab und wollen einen vernünftiger vorbereiteten Bürgerhaushalt 2013. In Göttingen macht der Bürgermeister eine Alibi-Internet-Bürgerbeteiligung mit lediglich einem Monat Laufdauer vor Verabschiedung des Zukunftsvertrages.

raj

DIE LINKE in Asse-Begleitgruppe

Druck machen für die Rückholung des Atommülls



Victor Perli im Sommer vor der Asse II –
Foto: André Owczarek .

Der Wolfenbütteler Kreistags- und Landtagsabgeordnete Victor Perli vertritt DIE LINKE ab sofort als stimmberechtigtes Mitglied in der Asse-Begleitgruppe. Der Kreistag entsandte ihn – nach Druck aus den Bürgerinitiativen gegen die Vorlage der Verwaltung – als einen von fünf Vertretern in das Gremium, in dem neben Kommunalpolitikern Initiativen, Umweltverbände und beratende Wissenschaftler vertreten sind. Die Begleitgruppe hat die Aufgabe, die Arbeiten in der Asse best-

möglich zu begleiten, für Transparenz zu sorgen und mit Empfehlungen Einfluss auf die Planungen zu nehmen.

Die zentrale Herausforderung ist die Rückholung der 126 000 Fässer mit Atom- und chemotoxischem Müll. Wissenschaftler hatten nachgewiesen, dass nur so die Langzeitsicherheit für die Region gewährleistet werden kann. Andernfalls droht in wenigen Jahrzehnten ein hochgiftiger Mix radioaktiver und chemotoxischer Substanzen an die Biosphäre zu gelangen.

In jüngster Zeit sind erhebliche Zweifel entstanden, ob die Umweltministerien auf Bundes- und Landesebene mit Hochdruck für die Rückholung arbeiten.

Für Victor Perli, der auch im Landtagsuntersuchungsausschuss zur Asse mitarbeitet, ist daher klar:

„Gegen eine Verhinderungstaktik hilft nur ein Mehr an Transparenz und Bürgerbeteiligung. Wer im Hintergrund an einer Flutung des Atommülllagers arbeitet, muss mit dem Widerstand der gesamten Region rechnen.“

Mit Plattdeutscher Dolmetscher in die Ratssitzung

Westoverledingen. Ein Hauch von internationaler Politik wehte im Westoverledinger Rathaus (Landkreis Leer). Da traditionell die letzte Ratssitzung des Jahres in plattdeutscher Sprache stattfindet, fand diese Sitzung, wie sonst nur bei internationalen politischen Tagungen, mit einem Dolmetscher statt. DIE LINKE-Abgeordnete Charlotte Lenzen meldete Verständnisbedenken an: „Im Plattdeutschen fühle ich mich nicht so sicher, dass ich guten Gewissens Entscheidungen treffen könnte,“ gesteht sie und scherzt: „Im Notfall müsste ich mich ohne Übersetzer der Stimme enthalten.“ Bürgermeister Lüpkes: „Ich finde es toll, dass Frau Lenzen sich auf meine Idee mit dem Dolmetscher einlässt. Sie hätte auch verlangen können, dass wir Hochdeutsch sprechen, aber dann wäre diese tolle Plattdeutsche Tradition wohl ein für alle Mal verloren gegangen.“

Charlotte Lenzen

Charlotte Lenzen, LINKE-Abgeordnete im Rat der 19 828 Einwohner zählenden Gemeinde Westoverledingen



und Fraktionsvorsitzende im Kreistag Leer. Der Kreis Leer hat 164 705 Einwohner. Im Kreistag erreichte unsere Fraktion eine bessere Bürgerbeteiligung durch eine Einwohnerfrageviertelstunde auch am Anfang der Sitzungen statt wie bislang nur am Ende. Sie deckte auf, dass das Deterner AWG-Kreistagsmitglied G. Koch, der durch rassistische und anti-homosexuelle Äußerungen auffiel, der NPD gespendet hat.

Linksfraktion ohne Männer

Ein ungewohntes Bild wird die Linksfraktion am 8. März zeigen. Im Plenum werden ausschließlich die weiblichen Mitglieder der Fraktion anwesend sein. Alle Reden an diesem Donnerstag werden von Genossinnen gehalten. Die männlichen Fraktionsmitglieder werden an diesem Tage in Berlin oder in ihren Wahlkreisen Betriebspraktika absolvieren – und zwar in Betrieben und an Arbeitsplätzen, wo immer noch überwiegend Frauen beschäftigt sind.

Mit dieser Aktion am Internationalen Frauentag will die Linksfraktion auf die immer noch nicht hergestellte Gleichstellung von Frauen und Männern im Arbeitsleben und in der Gesellschaft hinweisen. Frauen haben im Durchschnitt niedrigere Einkommen, sie übernehmen immer noch den Großteil der Familienarbeit und sind kaum in Führungspositionen zu finden.

Die Linksfraktion setzt nicht nur am 8. März andere Zeichen: In der Fraktion DIE LINKE im Bundestag arbeiten 42 weibliche und 34 männliche Abgeordnete.

„Unverschämt, mich mit dem braunem Gesindel auch nur ansatzweise zusammen zu denken“

Zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) sagte Ausschussmitglied Petra Pau: Der Untersuchungsausschuss muss auch der Frage nachgehen, warum der Rechtsextremismus so beharrlich unterschätzt wird.

Es ist gut, dass sich alle Fraktionen auf einen Untersuchungsausschuss geeinigt haben. Allerdings ist die Gefahr noch nicht gebannt, dass sich maßgebliche Behörden auf ein angebliches Aussageverweigerungsrecht zurückziehen. Wir kennen das aus anderen Untersuchungen. DIE LINKE hat alle einschlägigen Urteile des Bundesverfassungsgerichts parat. Wir sind vorbereitet, das Kontrollrecht des Parlamentes gegenüber den Bundesbehörden notfalls auch in Karlsruhe durchzusetzen.

Im Bundestag gab es einen Streit darüber, ob der Untersuchungsausschuss 8, 11 oder 15 Mitglieder haben soll.

Solidarität mit Beschäftigten von Schlecker Celle

Am 20. Februar besuchten Jutta Krellmann, Sprecherin für Arbeits- und Mitbestimmungspolitik, Landesgruppensprecher Diether Dehm und Herbert Behrens den Betriebsrat von Schlecker Celle. In einem ausführlichen Gespräch stellten die Kolleginnen des Betriebsrates die aktuelle Situation des Unternehmens dar.

Die Bundestagsabgeordneten erklärten die Solidarität der LINKEN und ihrer Abgeordneten und diskutierten darüber, wie der Kampf für die Arbeitsplätze wieder stärker in die Öffentlichkeit getragen werden kann. Ein Solidaritätsfest in Hannover zum Beispiel könnte das Thema

Schlecker-Insolvenz für Beschäftigte und Kunden des Einzelhandelsunternehmens noch einmal ans Licht bringen und die Belegschaft mobilisieren.

Mit großer Sorge sehen die Kolleginnen des Betriebsrates die Negativschlagzeilen über Schlecker. „Die tariflichen Arbeitsbedingungen sind sehr gut und viele Kolleginnen sind schon lange im Betrieb. Das wissen viele nicht und propagieren den Boykott von Schlecker. Das hilft uns nicht möglichst viele Arbeitsplätze zu retten“, erklärten die Betriebsratsmitglieder.

Sie werden ihren Kolleginnen vom Besuch der LINKEN-Abgeordneten berichten.



Die solidarische Unterstützung war willkommen. Ausführlich diskutierten die Betriebsratsmitglieder von Schlecker Celle mit den Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen.



Petra Pau

CDU/CSU, FDP und SPD waren für 11 Abgeordnete. Das klingt wie der goldene Mittelweg, ist es aber nicht. Bei 8 oder 15 Mitgliedern hätten Grüne und LINKE zusammen ein eigenes Beweisantragsrecht. Bei 11 Ausschussmitgliedern sind beide Fraktionen drittrangig.

Abschließend noch zwei persönliche Bemerkungen: Sie, Herr Bundesinnenminister Friedrich, sind aktuell mehrfach zur

Überwachung der Linken durch den Verfassungsschutz befragt worden, ganz allgemein, aber auch konkret nach der Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau, also mich. Sie haben darauf mit einem Verweis auf die NPD reagiert. Ich finde es unverschämt, mich mit diesem braunem Gesindel auch nur ansatzweise zusammen zu denken.

Es mag sein, dass Sie schlecht beraten waren. Es mag sein, dass Sie in Erklärungsnot waren. Aber eine solche infame Unterstellung weise ich persönlich enttäuscht und strikt zurück.

Deshalb will ich auch daran erinnern: Die Nazis kamen 1933 nicht an die Macht, weil die NSDAP so stark war, sie wurden mächtig, weil Demokratinnen und Demokraten zu schwach und zerstritten waren. Diese Lehre aus der Geschichte sollte endlich auch bei Behörden und Ministern ankommen.

Bearbeitung: Herbert Behrens

Europa darf nicht von Bankiers regiert werden

Die LINKE in Europa

Alexis Tsipras, Vorsitzender von SYNASPISMOS, Vizepräsident der Partei der europäischen Linken hielt bei der GegenBANKENmacht Veranstaltung am 14. Januar in Berlin eine Rede, die wir in Auszügen dokumentieren:

... Mein Land wurde als korrupt dargestellt. Seine Bürger wurden für schuldig erklärt, während die Bankiers und die gesamte Kleptokratie freigesprochen wurden. Menschen, die aus den Märkten und dem Finanzsystem kommen, sowie ehemalige IWF-Kräfte wurden in den kritischsten Bereichen eingesetzt.

Daten wurden gefälscht, um das Staatsdefizit als das größte in Europa darstellen zu können. Sie gingen so weit über den größten und teuersten öffentlichen Sektor der Eurozone zu sprechen, während genau das Umgekehrte wahr ist.

Jede abweichende Meinung wurde verleumdet, damit das Volk sich mit den harten „Austeritäts“ (=SPAR)maßnahmen als unvermeidbarem Weg abfindet.

Jede soziale Klasse und berufliche Gruppe wurde in eine Zunft umgetauft und der starke Widerstand der Gewerkschaften als Reaktion der Gewerkschaftler für ihre Privilegien bezeichnet. Ein ganzes Volk wurde für die Staatsschulden verantwortlich gemacht, unabhängig davon, ob diese zu 20 % durch die Erhöhung

der Staatsausgaben und zu 80 % durch die systematische und gesetzlich geregelte Steuerbefreiung des Kapitals entstanden sind.

... Heute, zwei Jahre nach dem Einbau der harten Austeritätsmaßnahmen, herrschen in meinem Land Verzweiflung und Ausweglosigkeit. Einer von zwei jungen Menschen ist arbeitslos. Die Straßen von Athen sind voll mit Obdachlosen. Tausende junge Wissenschaftler suchen nach einer Möglichkeit zu emigrieren. Selbstmorde sind um 20 % gestiegen und humanitäre

Die DVD „GegenBANKENmacht – KUNDgebung“

für 8 € (+2 Porto) und die

Doppel-DVD: „GegenBANKENmacht – FEST der Musik“

für 16 € (+ 2 Porto)

bzw. auch einzeln:

DVD „GegenBANKENmacht – FEST der Musik“ Teil 1 (Degenhardt-Ehrung, Neues Glas, Henning Venske, Diether Dehm/ Michael Letz)

für 8 € (+ 2 € Porto)

oder

„GegenBANKENmacht – FEST der Musik“ Teil 2 (bots, Camila Moreno, Quilapayún)

für 8 € (+ 2 € Porto).

Kontakt: Stefan Paubel:

stefan.paubel@gmx.de bzw.

Telefon: +49309255783

re Hilfsorganisationen organisieren Volksküchen. ...

In Griechenland ist die Regierung Papandreou durch immensen Volks- und Arbeiterwiderstand gefallen. Das Versuchskaninchen Griechenland hat sich gewehrt. Das Experiment wird jedoch weiterentwickelt. Die Zerstörung wird weitergeführt. Dies geschieht jetzt unter einem Premier, der ehemaliger Vizepräsident der EZB ist. Es ist wäre hierzulande Herr Ackermann Kanzler. Oder ist er es vielleicht schon?

Und nun steuern wir ein weiteres Darlehen von über 100 Milliarden an, das fast gänzlich in die Banken der Korruption fließen wird.

Das ist die Vision von Merkel und Sarkozy: die gesellschaftliche Katastrophe, ein Europa der sozialen Tristesse, das von Bankiers regiert wird. Wir haben keine andere Wahl als sie zu stoppen, als unsere Empörung in eine Kraft für den politischen Wandel fließen zu lassen. Denn wir entscheiden uns dafür, dieses Europa zu ändern. Völker Europas erhebt euch! Wir sind die 99 % und wir sind im Recht.

Mit der europäischen Linken und den Völkern Europas können wir NEIN sagen zu einem Europa der Banken. Wir können den Weg zu einem Europa der Solidarität öffnen!

Iran: Eskalationsgefahr durch EU-Sanktionen

Ende Januar 2012 hat die EU umfassende Sanktionen gegen den Iran beschlossen. Damit wird die gesamte iranische Volkswirtschaft in die Knie gezwungen. Dem Land wird vorgeworfen, an einem Atomwaffenprogramm zu arbeiten. Allerdings liefern hierfür weder US-Geheimdienste noch der jüngste Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) von 2011 stichhaltige Beweise.

Atomwaffen gehören zu den grausamsten Waffen und müssen daher weltweit abgeschafft werden. Da zudem die zivile Anwendung der Atomenergie nicht beherrschbar ist, benötigen wir einen weltweiten Ausstieg aus der Atomenergie. So kritikwürdig die Regierung im Iran auch ist, so bleibt es doch Realität, dass der Iran den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hat. Er nimmt das allen Staaten in diesem Vertrag garantierte Recht zur zi-

vilen Nutzung der Atomenergie in Anspruch. Diese Nutzung ist, wie auch in anderen Ländern, gefährlich, allerdings kommt – zu Recht – niemand auf die Idee, gegen alle Staaten, die Atomkraft anwenden, militärisch vorzugehen oder sie mit Sanktionen zu bestrafen.

Erfahrungsgemäß ziehen militärische Drohungen von Außen stets auch eine Verhärtung der innenpolitischen Zustände nach sich, wodurch sich Spielräume insbesondere auch für progressive Kräfte verkleinern. Zudem stärken verschlechterte Lebensbedingungen fast immer fundamentalistische Bewegungen.

Geht es den westlichen Staaten wirklich darum, in der Frage des iranischen Atomprogramms eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu verhandeln? Oder besteht ihr eigentliches Ziel darin, in Teheran – durch Destabilisierung oder direk-

ten Angriff – eine pro-westliche Regierung zu etablieren?

Eine Lösung der Konflikte kann nur durch Verhandlungen gefunden werden. Der Iran hat wiederholt angeboten, zu einer umfassenden Kooperation bereit zu sein, sollte er eine verlässliche Nicht-Angriffsgarantie erhalten. Dass eine solche Nicht-Angriffsgarantie nie ernsthaft in Erwägung gezogen wurde und wird schürt den Verdacht, das eigentliche Ziel bestehe in einem Regimewechsel. Progressive Veränderungen können jedoch nur von der Bevölkerung selbst initiiert und durchgesetzt werden. Deshalb sind Drohungen, Muskelspiele und Sanktionen das Letzte, was in dieser Situation hilfreich ist – sie helfen allenfalls Hardlinern, die auf eine Eskalation drängen.

Sabine Lösing

Gründung der Landesarbeitsgruppe Antifa

linksjugend [‘solid]

Am Sonntag, dem 29.1.2012, haben sich einige Genossen der Linksjugend [‘solid] Niedersachsen im Landesarbeitskreis Antifaschismus, kurz LAK Antifa, zusammengefunden.

Wie in unserer Gründungserklärung steht, wollen wir mit unserer Arbeit auf einige Probleme unseres „modernen und toleranten“ Deutschlands aufmerksam machen. Grundlegend für unsere Arbeit wird sein, dass wir versuchen wollen, der Gesellschaft und ihren Akteur_Innen den Zusammenhang zwischen militanter und extremer Rechter und dem Alltagsrassismus zu verdeutlichen. Für eine antifaschistische Arbeit in Theorie und Praxis ist es elementar zu erkennen, dass alte und neue Nazis ihren Nährboden und damit Möglichkeiten für ihre widerlichen und oftmals militanten Aktionen in dem gesamtgesell-

schaftlich und staatlich durchaus geförderten rassistischen Normalzustand finden. Dass es in Deutschland immer noch rassistische Sondergesetze gibt, die die Migrantinnen und Migranten aktiv an der eigentlich gewünschten Integration hindern, trägt dazu bei, dass in der gesellschaftlichen Entwicklung die Anerkennung migrantischer Menschen nicht erfolgt. Diesen rassistischen (und deutschen) Normalzustand wollen wir bekämpfen und auflösen! Damit steht im Fokus, nicht nur die offen agierenden Neonazis, sondern eben auch die Gutbürgerlichen ins (verbale) Visier zu nehmen.

Ferner werden wir im LAK Antifa versuchen, engagierten Mitgliedern und Sympathisant_Innen, Antifaschist_Innen und anderweitig Interessierten eine Plattform zu geben, wo sie sich austauschen können, Ansprechpartner_Innen für Fragen rund um das Thema Antifaschismus finden können und Hilfe erhalten, wenn es vor Ort Naziprobleme gibt oder eine antifaschistische Aktion durchgeführt werden soll.

Darüber hinaus werden wir unsere Energie auch darauf verwenden, mit verschiedenen Texten und Publikationen über rechte Tendenzen und Entwicklungen zu informieren – der Fokus wird dabei natürlich auf Niedersachsen liegen. Mit Tostedt, Bückeburg und der Lüneburger Heide finden sich viele Orte und Regionen, in denen eine äußerst aktive Naziszene zu finden ist. Hierbei wird es auch zu unseren Aufgaben gehören, lokale linke und antifaschistische Projekte bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Innerhalb unseres Jugendverbandes wird es uns darum gehen, neben den Basisgruppen auch den Landessprecher_Innenrat aktiv bei seiner antifaschistischen Arbeit zu unterstützen. Im Mittelpunkt wird dabei die Mobilisierung für Bad Nenndorf stehen.

In ständiger Reflektion unserer Tätigkeiten werden wir bemüht sein, alle Ziele bestmöglich zu erfüllen und einen wichtigen Teil für eine antifaschistische Kultur zu setzen.

Lennart Onken

Linksjugend [‘solid] Niedersachsen

Erfolgreiche Aktion gegen Rechts in Hildesheim

Am 18.02.2012 – also zeitgleich mit den antifaschistischen Protesten in Dresden – fand in der Hildesheimer In-

nenstadt ein Infostand unter dem Motto „Faschismus bekämpfen – Rechtspopulismus stoppen“ statt. Dieser ent-

stand im Rahmen eines angekündigten Infostandes der rechtspopulistischen, 2010 gegründeten Partei „Die Freiheit“. Der Infostand der Rechtspopulisten fiel glücklicherweise aus – nichtsdestotrotz konnten viele Menschen erreicht und sensibilisiert werden.

Die 2010 gegründete Partei „Die Freiheit“ hetzt in ihrem Parteiprogramm gegen MigrantInnen, MuslimInnen und hat eine klar islamophobe Linie, die sich durch all ihre Aktionen zieht.

Einzureihen ist sie mit rechtspopulistischen Bewegungen, wie etwa die rechte Hetzgruppe „Pro NRW“. In den etwa 2 Stunden des in Kälte stattfindenden Infostandes konnte außerdem auf Nazistrukturen in Hildesheim sowie der Umgebung aufmerksam gemacht werden. Der Infostand verlief friedlich und ohne Zwischenfälle.

**In diesem Sinne –
nie wieder Faschismus!**

Weitere Infos: www.solid-hildesheim.tk

Rene Grebenstein

Linksjugend [‘solid] Hildesheim



Gemeinsame Aktion der neu gegründeten solid Hildesheim und des Projektes Farbenfroh e.V. gegen rechtspopulistische Propaganda der Partei „Die Freiheit“. Grund war ein im Internet fett angekündigter Infostand in der Fußgängerzone dieser Partei am 18.2. – der dann aber doch nicht stattgefunden hat. raj

Frauen Leben Links

Interview mit Yvonne Plötz, frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Yvonne, welche Arbeitsschwerpunkte hast du dir für die kommenden zwei Jahre als frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion gewählt?

Als erstes haben wir das neugestaltete Magazin „Lotta – Frauen Leben Links“ für die frauenpolitischen Positionen der Bundestagsfraktion gestemmt. Es wird frisch, frech, neu, anders und von Seite 1 bis 20 kämpferisch. Ich kann bereits jetzt versprechen: Die Erstausgabe wird überzeugen! Wir haben uns darin die Frage gestellt, wie Frauen sich gegen die Auswirkungen der Krise wehren – in Deutschland, in Europa und weit darüber hinaus.

Am internationalen Frauentag werden die Frauen der Fraktion das Ruder im Parlament übernehmen und unsere männlichen Angeordneten in einem Tagespraktikum testen, was Frauen Tag für Tag für die Gesellschaft leisten.

In einem Imagefilm werden wir bereits in den kommenden zwei Monaten der Öffentlichkeit unser Frauenplenum vorstellen. Das LINKE-Frauenplenum ist im parlamentarischen Betrieb des Bundestages ein einzigartiges Gremium, das keine andere Fraktion in einer derart weitgehenden Form eingerichtet hat. Leider ist dies öffentlich kaum bekannt. Das möchten wir nun ändern.

Im gesamten Jahr wird das Thema „Frauen und Krise“ der Schwerpunkt werden. Bisher ist die Krise männlich. Die Analyse der Auswirkungen verliert Frauen aus dem Blick. Und das obwohl unfreiwillige Teilzeitarbeit, Niedriglöhne oder die Notwendigkeit des Aufstockens mit Hartz IV ebenso wenig für unzählige Frauen Fremdworte sind, wie Befristungen oder die drohende Altersarmut. Das ist seit Jahren traurige Wahrheit. Und die Krise verschärft sie. Treffen Einsparungen nun mehr und mehr den öffentlichen Sektor, zum Beispiel im Bereich der Pflegeberufe oder bei den Kindertagesstätten, so bedeutet dies für Frauen gleich eine doppelte Verschlechterung ihrer Lage. Zum einen werden gerade solche Jobs zusammengestrichen, die typischerweise von Frauen ausgeübt werden und zum andern wird ihnen die Arbeit wieder in Form nichtentlohnter Hausarbeit aufgelastet. Wo die Situationsbeschreibung bereits ein Geschlecht vergisst, sind auch die Lösungsvorschläge einseitig. Ein Blick auf die Kon-

junkturpolitik verdeutlicht, dass sie auf eine Stimulierung der industriellen Produktion angelegt ist, also auf jene Branchen, die eher von Männern bevorzugt werden. Einen ersten Beitrag von mir hierzu findet Ihr unter <http://www.saarlinke-bundestag.de/fileadmin/lcmssaarlinkebt/FrauenundKrise.pdf>.

Yvonne, welche Hoffnung auf Durchsetzung der Ziele verbindest du damit? Ich meine das bezogen auf die eigene Fraktion einerseits und auf das Parlament andererseits.

Innerhalb der Fraktion wünsche ich mir, dass die für Frauen relevanten Sachverhalte stets mitgedacht werden. Die Altersarmut von Frauen fällt ja nicht vom Himmel und sie sind keine Anhängsel lohnarbeitender Männer. Mir geht es um Emanzipation und soziale Verhältnisse, in denen Menschen ihren Bedürfnissen nach leben können. Parlamentarische Initiativen sind da nur ein Weg, der angesichts der Mehrheitsverhältnisse nur bedingt erfolgreich ist.

Die anderen Parteien konzentrieren sich stark auf weiße Frauen aus der Mittelschicht. z.B. die Frauenquote in DAX Unternehmen, über die bessere Aufstiegschancen ermöglicht werden sollen. Das ist zweifellos wichtig, aber einseitig. Für eine linke Partei sind andere Fragen zentral. Armut beispielsweise hat in dieser

Wir Frauen

Gesellschaft ein deutlich weibliches Gesicht, genauso wie Niedriglöhne, Prekariätät oder Ungerechtigkeiten im Ausbildungssektor. Da müssen wir ran, mit einer Politik für Alleinerziehende oder Mini-jobberinnen. Hier müssen wir deutliche Akzente setzen, an die außerhalb der Parlamente Wählerinnen, Verbände und Mitglieder ansetzen können.

Danke für das Interview und viel Erfolg

Das Gespräch führte Nanni Rietz-Heering, Redaktion Linkes Forum Niedersachsen



Letzte Meldung:

„Schlecker-Tour“

Blumen für die Auricher Frauen im Einzelhandel

Wir wollen in diesem Jahr zum Internationalen Frauentag in Aurich alle Schleckermärkte im Landkreis anfahren und den Frauen dort Blumen überreichen – sozusagen als Soli-Aktion – und wie immer in den Krankenhäusern und Heimen. Auch die prekär beschäftigten Frauen in Tankstellen, Bäckerei-Filialen und Supermärkten erhalten von uns Blumen.

Blanka Seelgen, KV Aurich



Termine

8. März 2012

Weltfrauentag
landesweite Aktionen

10. März 2012

Delegiertenbesprechung für den
5. Bundeskongress, Linksjugend [‘solid]
Beginn: 12:00 Uhr
Landesgeschäftsstelle

10. März 2012

Sitzung des Landesvorstandes
gemeinsam mit dem
Landesvorstand Sachsen-Anhalt
Beginn: 11:00 Uhr

10. März 2012

Preisverleihung Clara-Zetkin-Preis
Berlin, Kulturbrauerei

11. März 2012

Mahnwache zu Fukushima
11:30 – 12 Uhr
Emden, Stadtgarten, Fürbringer Brunnen

11. März 2012

4. ordentliche Sitzung des Landes-
sprecherInnenrates
Linksjugend [‘solid]
Beginn: 12:00 Uhr
Landesgeschäftsstelle

11. März 2012

LAG Bildungspolitik
Beginn: 11:30 Uhr
Sitzungsraum der Landtagsfraktion
Hannover, Leinestraße 32

24. März 2012

Versammlung der AKL-Niedersachsen
15:00 – 18:00 Uhr
Ort: Freizeitheim Ricklingen

24. März 2012

Jahreshauptversammlung des
Forums Demokratischer Sozialismus
14:00 – 17:00 Uhr
FZH Vahrenwald, Vahrenwalder Str. 92,
30165 Hannover

7. April 2012

Ostermarsch
Wittmund, Richthofen-Kaserne

7. April 2012

Ostermarsch
Gifhorn

9. April 2012

Ostermarsch
Beginn: 11:00 Uhr
Oldenburg, am Brunneneck

21. April 2012

Sitzung des Landesausschuss
11:00 – 17:00 Uhr
Hannover

28. April 2012

Sitzung des Landesvorstandes
11:00 – 17:00 Uhr
Freizeitheim Ricklingen

6. Mai 2012

LAG Bildungspolitik
Beginn: 11:30 Uhr
Landesgeschäftsstelle

12. Mai 2012

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Hannover

Danke, Carlo

Carlo Bleichert verabschiedet sich aus der Redaktion des Linken Forums. Damit verlässt uns ein Urgestein. Vor zwölf Jahren – Carlo war kaum richtig Mitglied geworden, entdeckte er die Mitgliederzeitung für sich. Redakteure kamen und gingen. Aber Carlo war immer dabei. Jahrelang war er als Endredakteur hauptverantwortlich für das Erscheinen der Mitgliederzeitung.

Große Worte sind sein Ding nicht. Aber wenn man ihm in die Augen schaut, sieht man den Schalk aufblitzen. Eine Kämpfernatur, auch dann wenn es ihm schlecht ging.

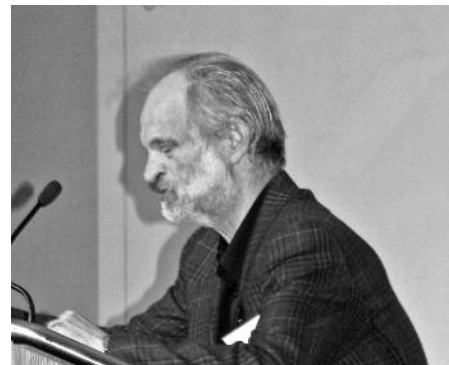
Die Lag Antifa ist sein Steckenpferd. Unermüdet gegen Rechts unterwegs wenn sich irgendwo die „Braunen“ zu Demos treffen. Wir werden ihn in der Redak-

Wolfgang Huwig gestorben

Am 29.01.2012 verstarb unser langjähriger Vorsitzender und Mitbegründer des Kreisverbandes Emsland und des Ortsvereins DIE LINKE. Papenburg, Wolfgang Huwig, nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 68 Jahren. Wolfgang war auch Mitbegründer der Partei DIE LINKE.Niedersachsen und lenkte und prägte die Geschicke unseres Kreisverbandes von der Gründung im Jahre 2006 bis zu seinem viel zu frühen Tod.

Mit ihm verlieren wir einen verdienstvollen Genossen und Freund, der uns sehr fehlen wird. Sein Einsatz und seine Art, für linke Ideale zu streiten, werden uns immer in Erinnerung bleiben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Margret und seiner Familie.

KV Emsland



tion vermissen. Wissen aber auch, das sein Kreisverband einen guten Kreisvorsitzenden gewonnen hat. Und der Landesverband einen aufrechten Delegierten für die Bundesparteitage. Wir wünschen Dir, Carlo, viel Geduld und Geschick, Gesundheit vor allem – und Frohsinn. Bleibe uns noch lange erhalten.

Unser **DANKE** kann gar nicht groß genug ausfallen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
DIE LINKE Landesvorstand Niedersachsen

Redaktionsanschrift: LINKESFORUM, DIE LINKE,
Niedersachsen, Goseriende 8, 30159
Hannover, Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

14 Linkes Forum 3-2011

Redaktion:
Schwerpunkt, Frauen: Nanni Rietz-Heering
Editorial, Schwerpunkt, Bundestag: Herbert Behrens
Landtag: Christian Degener
Jugend, Landesverband, Kreisverbände, LAG,
Termine: Blanka Seelgen
Kommunalpolitik: Ralf Jürgens, Carlo Bleichert
Europa und Produktion: Elke Höher

V.i.S.d.P.: Herbert Behrens

Layout, Druck und Vertrieb: GNN-Verlag GmbH,
Venloer Straße 440 (Toskana-Passage), 50825
Köln, Tel.: 0221-21 16 58, Fax: 0221-21 53 73,
Mail: gnn-koeln@netcologne.de

„Appell für eine Allianz gegen Rechts“

aus den LAGs

an die Jugendlichen und Azubis in den örtlichen Fabriken, Werkstätten und Verwaltungen, an die Schüler aller Schulen Salzgitters

Den Appell verabschiedeten die Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung über die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung durch den faschistischen Staatsterror im Mai 1933.

Die Ausstellung des „Bündnisses gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ wurde zuvor – unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters – im Atrium des Rathauses vor rund 200 Teilnehmern der Öffentlichkeit vorgestellt.

Nach bekannt werden der ungeheuerlichen Verbrechen der Mordkommandos verabredeten die Vertreter des Bündnisses mit Betriebsleitungen und Betriebsräten der VW-AG und der „Hütte“ ad hoc, die Ausstellung „aus gegebenem Anlass“ auch in den Ausbildungsabteilungen ihrer Betriebe zu präsentieren und mit den Azubis zu thematisieren.

Nach der Jugendversammlung bei VW, an der alle drei Ausbildungsjahrgänge – d.h. rund 380 Azubis – sowie der Werkleiter, der Personalleiter, der Betriebsratsvorsitzende, Mitglieder der VKL-Leitung, des Betriebsrates und der JAV teilnahmen, konzipierten Coaching-Leitung und JAV den organisatorischen Ablauf des zweiwöchentlichen „Staatsbürgerlichen Unterrichts“. Danach nahmen rund 310 Auszubildende in zwölf Gruppen an der Präsentation der Ausstellung, einem adäquaten Film und anschließender Diskussion teil.

Anschließend wurden die Exponate im Ausbildungszentrum der Hütte aufgebaut. Wie bei VW waren auch hier Ausbildungsleiter, Betriebsrat, VK-L und JAV aktiv dabei. Gruppenweise nahmen rund 210 Azubis an dem zweistündigen „Unterricht“ teil. Hauptdiskussionspunkte waren – hier wie da –: „Kann sich Faschismus so wiederholen?“ „NPD Verbot ja oder nein“. Für alle Beteiligten war dieses problematische Unterfangen interessant und lehrreich – ein voller Erfolg. Genauso spontan – unter dem Eindruck des Mordterrors haben in Kooperation Bündnis und örtliche IG-Metall zu einer Diskussions-

veranstaltung eingeladen. Thema: „NPD und Bomben – was tun gegen Neonazis?“ Als Referent konnte der Rechtsextremismus-Experte Prof. Hajo Funke aus Berlin gewonnen werden. Nach der Begrüßung der rund 200 Teilnehmer sprach für die Stadt Salzgitter der 1. Bürgermeister Stefan Klein und für die IG Metall Salzgitter-Peine der 1. Bevollmächtigte Wolfgang Räschke.

Hajo Funke unterstrich in seinem Vortrag, dass „die Verharmlosung rechter Gewalt endgültig vorbei“ sei. Jetzt müsse „gehandelt werden“. Für ihn haben „Politik und Verfassungsschutz kläglich versagt“. Das NPD-Verbot „zum Zentrum der Debatte zu machen“ hält er für „Ablenkungsmanöver“.

Gerd Graw



Ausstellung des Bündnisses gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit – ein Zusammenschluss, in dem Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, der SPD, der Grünen, der LINKEN und der CDU mitarbeiten. Hier: Im Ausbildungszentrum des VW-Werkes: Werkleiter Falko Rudolph, Betriebsratsvorsitzender Andreas Blechner, Personalleiter Peter Raubendorf, die Bündnissprecher Walter Gruber und Gerd Graw sowie der JAV-Vorsitzende Serdar Tastan.

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Neuwahlen und Vorschläge zum Landtagswahlprogramm



Am 18. März wurden in der Mitgliederversammlung in Diepholz der SprecherInnenrat der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik Niedersachsen und die Gast-

und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag gewählt.

Großen Dank und Anerkennung für die geleistete ehrenamtliche Parteiarbeit der letzten beiden Jahre zollten die Mitglieder den beiden scheidenden LAG-Sprecherinnen Brigitte Schmechel und Ira Kromm. In den gleichberechtigten 6-köpfigen SprecherInnenrat wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Sabine Daniels (KV Hannover), Viktoria Kretschmer (KV Nienburg), Ilona Lampey (KV Osnabrück), Ali Alssalami (KV Göttingen), Patrick Humke (KV

Göttingen) und Uwe Wypior (KV Osnabrück). Gastdelegierte für den Landesparteitag sind Sabine Daniels (KV Hannover) und Peter Breiter (KV Diepholz). Die mit derzeit 103 Mitgliedern bundesweit größte behindertenpolitische LAG ist derzeit dabei, die Skizze des Landtagswahlprogramms zu bearbeiten. Ein Vorhaben bleibt das Projekt „barrierefreies Niedersachsen“, dass leider mangels Resonanz der Kreisverbände (4 Antworten) bisher nicht realisiert werden konnte.

Uwe Wypior

DIE LINKE. Kontaktadressen in Niedersachsen

Abkürzungen: KV = Kreisverband, LV = Landesverband, LAG = Landesarbeitsgemeinschaft

DIE LINKE.Niedersachsen

Landesverband und Landesvorstand

Goseriede 8, 30159 Hannover

Tel (0511) 9 24 59 10, Fax (0511) 9 24 59 11

Mail: landesbuero@dielinke-nds.de

www.dielinke-nds.de

Geschäftszeit: Mo.-Fr. von 11.00 – 15.00 Uhr

Kt: 590 606, Sparkasse Hannover, BLZ: 250 501 80

Landesausschuss (über LV)

Landesschiedskommission (über LV)

Landesinfo-Redaktion

Mail: linkesforum-nds@dielinke-nds.de

DIE LINKE. in den Kommunalparlamenten

Kommunalpolitisches Forum Niedersachsen, www.lkfn.de/

KV Aurich

Marktstr. 19, 26603 Aurich, Tel (04941) 9 73 78 60

Mail: kreisvorstand@dielinke-aurich.de

KV Braunschweig

Wendenstr. 51/52, 38100 Braunschweig,

Tel. (0531) 480 37 22, Mail: kontakt@die-linke-bs.de

KV Celle

Neustadt 25, 29225 Celle, Tel (05141) 9 01 30 40,

Mail: mail@lehrrs.de

KV Cloppenburg

Michael von Klitzing, Iltisstr. 8, 49661 Cloppenburg,

Tel (04471) 35 40, Mail: michael@klitzing.de

KV Cuxhaven

Große Hardewiek 1, 27472 Cuxhaven,

Tel (04721) 43 76 34, Mail: dietmar.michalke@gmx.de

KV Delmenhorst

Postfach 1241, 27753 Delmenhorst,

Tel (04221) 58 91 56, Mail: p2807@aol.com

KV Diepholz

Peter Breiter, Zur Drebbler Höhe 16, 49457 Drebbler,

Tel (05445) 17 44, Mail: p.breiter@gmx.de

KV Emden

Günther Volkmann, Stavorenweg 25, 26721 Emden,

Tel (04921) 4 44 73, Mail: guenther@conrebbi.de

KV Emsland

Gerhard Schipmann, Schwarzenbergweg 27,

26871 Papenburg, Tel (04961) 76 89 84,

Mail: gerhard.schipmann1@ewetel.net

KV Friesland

Anja Kindo, Nibelungenstr. 12 a, 26419 Schortens,

Tel (04461) 9 47 93 64,

Mail: anja.kindo@dielinke-friesland.de

KV Gifhorn

Celler Straße 63, 38518 Gifhorn

KV Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstr. 2, 37073 Göttingen,

Tel (0551) 7 70 80 04, Mail: kv@dielinke-goettingen.de

KV Goslar

Michael Ohse, Tulpenweg 6, 38640 Goslar,

Tel (05321) 30 34 54, Mail: dielinke-goslar@gmx.de

KV Grafschaft Bentheim

Heinz von Wensiersky, Am Wasserturm 5,

48455 Bad Bentheim, Tel (0174) 4 20 42 05,

Mail: heinz@von-wensiersky.de

KV Hameln-Pyrmont

Domeierstr. 6, 31785 Hameln, Tel (05151) 9 96 47 78,

Mail: dielinke-hm-py@gmx.de

KV Hannover

Goseriede 8, 30159 Hannover, Tel (0511) 44 40 19,

Fax (0511) 44 40 29,

Mail: vorstand@die-linke-region-hannover.de

KV Harburg-Land

Bahnhofstr. 8, 21423 Winsen/Luhe,

Tel (04171) 7 88 29 70, Mail: kv@dielinke-harburg-land.de

KV Heidekreis

Andreas Kuhn, Saarlandstr. 3, 29614 Soltau,

Tel (05191) 23 33, Mail: andreas.thomas.kuhn@web.de

KV Helmstedt

Postfach 1422 38350 Helmstedt,

Tel (05351) 53 60 54, Mail: die-linke-helmstedt@gmx.de

KV Hildesheim

Ralf Jürgens, Trockener Kamp 20, 31139 Hildesheim,

Tel (05121) 2 89 92 53

Mail: vorstand@die-linke-hildesheim.de

KV Holzminden

Achim Bartels, Immenweg 12,

37603 Holzminden, Tel (05531) 6 08 93,

Mail: dielinkeholzminden@googlemail.com

KV Leer

Charlotte Lenzen, Emsstr. 22, 26810 Westoverledingen,

Tel (04961) 66 99 37, Mail: lenzen@dielinke-leer.de

KV Lüchow-Dannenberg

Klaus Reizig, Georgstr. 11, 29439 Lüchow,

Tel (05841) 9 37 98 92, Mail: k.reizig@gmx.de

KV Lüneburg

Altenbrückertorstr. 2, 21335 Lüneburg,

Tel (04131) 2 84 33 46,

Mail: vorstand@dielinke-lueneburg.de

KV Nienburg

Viktoria Kretschmer, Stuttgarter Str. 21, 31582 Nienburg,

Tel (05021) 92 06 66, Mail: vika@viktoria-kretschmer.de

KV Northeim

Carlo Bleichert, Neue Str. 20, 37581 Bad Gandersheim,

Tel (05382) 26 08, Mail: carlo.bleichert@t-online.de

KV Oldenburg

Kaiserstr.19, 26122 Oldenburg, Tel (0441) 8 61 62,

Fax (0441) 8 62 09, Mail: kontakt@die-linke-oldenburg.de

KV Oldenburg-Land

Holger Gerdes, Bulder-Berg-Weg 12, 26209 Hatten,

Tel (04482) 98 00 63, Fax (04482) 98 08 64,

Mail: info@dielinke-oldenburg-land.de

KV Osnabrück

Johannisstr. 12, 49074 Osnabrück,

Tel (0541) 75 04 96 76, Fax (0541) 75 04 96 74,

Mail: info@dielinke-osnabrueck.de

KV Osterholz

Marktplatz 8, 27711 Osterholz-Scharmbeck,

Tel (04791) 9 65 25 47,

Mail: kreisverband@die-linke-ohz.de

KV Osterode

Ilyas Cangöz, Grubenhagenstr. 2, 37412

Herzberg, Tel (05521) 99 98 62,

Mail: ilyas.cangoez@dielinke-osterode.de

KV Peine

Lindenstr. 34, 31224 Peine, Tel (05171) 73 92 66 60,

Mail: info@die-linke-peine.de

KV Rotenburg (Wümme)

Peter Pflöging, Zum Eichenkuller 5, 27412 Rotenburg

Tel (04283) 4 76, Mail: dl-row-ppflöging@email.de

KV Salzgitter

Berliner Str. 49, 38226 Salzgitter,

Tel (05341) 7 90 56 50, Mail: linksz@googlemail.com

KV Schaumburg

Sören Hartmann, Auf der Landmark 6, 31737 Rinteln,

Tel (0176) 63 00 05 48, Mail: xindios@hotmail.com

KV Stade

Benjamin Koch-Böhne, Hastedtstr. 19,

21614 Buxtehude, Tel (04161) 75 88 93,

Mail: email@benjaminboehne.de

KV Uelzen

Corinna Kammermeier, Breite Str. 1, 29594 Soltendieck,

Tel (05842) 98 18 70, Mail: cora@biotop-muessingen.de

KV Vechta

Markus Schalk, Gastruper Str. 9, 49424 Goldenstedt,

Tel (04444) 95 94 51, Mail: mschalk-dielinke@web.de

KV Verden

Bernward Nüttgens, Drübber 4, 27313 Dörverden,

Tel (04234) 9 40 56, mail@druebberholz.de

KV Wesermarsch

Francis Hope, Bernhardtstr. 7, 26954 Nordenham,

Tel (04731) 71 44, Mail: francis.hope@dielinke-wesermarsch.de

KV Wilhelmshaven

Postfach 1354, 26353 Wilhelmshaven,

Tel (04421) 1 81 54 86, Mail: info@dielinke-whv.de

KV Wittmund

Bernd Mayer, Ginsterweg 5, 26487 Neuschoo,

Tel (04975) 77 96 91, Mail: eoipso_bernd_mayer@gmx.net

KV Wolfenbüttel

Fischerstr. 19b, 38300 Wolfenbüttel,

Tel (05331) 7 10 70 06, Mail: info@dielinke-wf.de

KV Wolfsburg

Laagbergstr. 55, 38440 Wolfsburg,

Tel (05361) 3 06 95 50, Fax (05361) 3 07 02 73,

Mail: kontakt@die-linke-wob.de

Landesarbeitsgemeinschaften

LAG Landwirtschaft, Ernährung & Verbraucherschutz

Michael Huffer, michael.huffer@die-linke-hildesheim.de

www.lag-lev.dielinke-nds.de

LAG Grundeinkommen

bei Viktoria Kretschmer nachfragen,

da neu gebildet, vika@viktoria-kretschmer.de

LAG Bildungspolitik

Maren Kaminski, marenkaminski@web.de

LAG Kultur

Arnfred Stoppok, arnfred.stoppok@gmx.de

LAG Rote Reporter/Medien

Hartmut Rosch, hartmut.rosch@ewetel.net

LAG Innere Politik

Rosemarie Heims, info@ra-heims.de

LISA

Rosemarie Heims, info@ra-heims.de

LAG Wirtschaftspolitik

Ulrich Steinmeyer, info@ulrichsteinmeyer.de

LAG Linke selbstbestimmte Behindertenpolitik

Uwe Wypior, u.wypior@web.de

LAG Linke Unternehmerinnen und Unternehmer

Birgit Hundrieser, bhundrieser@googlemail.com

LAG Soziales

Brigitte Schmechel, brigitte.schmechel@osnnet.de

LAG Konkrete Demokratie, soziale Befreiung

Michael Ohse, sms.ohse@t-online.de

LAG Umwelt – Energie – Verkehr

Anke Schneider, umwelt-lp-nds@t-online.de

LAG Antifaschismus/Rechtsextremismus

Carlo Bleichert, carlo.bleichert@t-online.de

LAG Betrieb und Gewerkschaft

Manfred Kays, manfredkays@googlemail.com

LAG Senioren

Hannelore Profus, h-profus@t-online.de

Strömungen:

Antikapitalistische Linke

Sabine Lösing, sabine.loesing@web.de

Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog

Andreas Schlegel, sozialist@dielinke-wtrm.de

Kommunistische Plattform

Dieter Vogel-Armbruster, roter_vogel@t-online.de

Forum Demokratischer Sozialismus

Susanne Koch, kontakt@fds-niedersachsen.de

www.fds-niedersachsen.de

Sozialistische Linke

Marianne König, mariannekoenigde@t-online.de

parteinaher Einrichtungen:

Linksjugend [‘solid] Niedersachsen

Marcello Sorrentino, info@solid-niedersachsen.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen e.V.

Bärbel Reissmann, reissmann@rosalux.de